UNZENSIERT
MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER
HEFT 66 / NOVEMBER 2026
66
www.unzensiert-allgaeu.de
FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT WELTWEIT!



In diesem Magazin können Sie auch den aktuellen Unzensiert-Song anhören und herunterladen. Zu finden auf Seite 5.

Vulgär-Demokraten im Strandkorb

Deutschlands Bundespräsident Frank Walter Steinmeier ist ein wahres Sprachgenie. Zumindest dann, wenn es um die Verunglimpfung von Wählern geht. Bisher waren alle, die nicht die Altparteien wählten, „nur" Feinde „unserer Demokratie". Aber das Wort „Feind" wird ja schon im Umgang mit „Russland-Freunden" im Land reichlich strapaziert. Wenn also Wahlen anders ausgehen als gewünscht, dann sind das nach Meinung des höchsten Repräsentanten dieses Landes seit Sachsen-Anhalt und Vorpommern „Vulgär-Demokraten". Vulgär heißt laut Wikipedia abstoßend, derb, gewöhnlich oder anstößig. Aber es lässt sich noch steigern: ordinär, obszön, unanständig.

Menschen, auf die diese Attribute zutreffen, sehen wir aber zunehmend gerade dort, wo es nicht vulgär und nicht anstößig oder unanständig zugehen sollte: im Bundestag. Seit Jahren müssen sich die Bürger von der Politik belügen, betrügen und nach Strich und Faden ausbeuten und bestehlen lassen. Mehr noch. Ob Klima, Corona, Krieg, ob Nord-Stream, bei der Aufrüstung, bei den Gesundheitsreformen, bei der Rente – viele Entscheidungen der Politiker kann man nur als höchst unanständig und „vulgär" bezeichnen.

Die Politiker veruntreuen unsere Steuern in ungeheuerlichem Maße. Sie schüren Kriege ohne Anstand und Vernunft und schaden diesem Land. Ob man nun den Umgang mit Leihmüttern heranzieht oder die peinlichen, slapstick-artigen Auftritte eines Miniatur-Sonnenkönigs mit Strandkorb im Kanzleramt. Seltsamerweise hatte der Bundespräsident keine Einwände, als seinerzeit Robert Habeck von den Grünen sagen konnte: „Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Und ein Roderich Kiesewetter darf natürlich sagen: „Wir müssen den Krieg nach Russland tragen." Ohne Einspruch vom Hausherrn in Schloss Bellevue.

Nun sind es nahezu 50 Prozent der Wähler, die diese Gängelungen und arroganten Verleumdungskampagnen der Politiker gegen die steuerzahlenden Bürger ablehnen und eine Veränderung wünschen. Wenn ein Kanzler nach dem Abgesang von CDU/CSU erklärt, dass er so weiter machen will wie bisher, dann müsste einem so „wortgewandten" Bundespräsidenten auch dazu ein hierfür passendes Wort einfallen: z. B. Rücktritt?

Doch weit gefehlt. Die Wähler sind die Vulgären, die Besorgten sind die Obszönen, die von der Harakiri-Politik Betroffenen sind die Unanständigen. Weder die kriminelle Antifa, noch die hetzenden NGOs und Omas gegen Rechts, und auch nicht die gekauften Medien mit ihrer unsäglichen Propaganda. Ein Staatsoberhaupt, das von den „Vulgär-Demokraten" nicht gewählt oder abgewählt werden kann, sollte sich besser ein anderes Volk suchen. Lieber heute als morgen. | HM

Der Politik des Krieges Lieder des Friedens entgegensetzen.

Friedensnoten

57 Autoren haben bis jetzt in vier Sprachen zusammen 80 „Friedensnoten“ zu einem Friedens- oder Antikriegslied verfasst, das ihnen am Herzen liegt – und sprechen darüber, was diese Musikstücke uns heute zu sagen haben. In freier Form schreiben die Autoren über die Liedtexte, über die Melodien, über Hintergründe oder ihre persönlichen Gefühle, die mit den Liedern verbunden sind. Auf diese Weise sollen jene Lieder, die gerade in dieser Zeit Radiostationen hoch- und runterspielen müssten, wieder in Erinnerung gerufen werden. Der kleinste gemeinsame Nenner bei diesem Projekt ist der Frieden.

Aus dem Projekt ist nun ein Friedensbündnis von Manova, Radio München, Nachdenkseiten und Protestnoten geworden. Parteipolitisches und Meinungsverschiedenheiten bleiben außen vor. Den Stimmen des Friedens Gehör zu verschaffen: Das tut Not und darum geht es. Den Initiatoren des Projektes ist es ein besonderes Anliegen, über die Musik Gräben zu überwinden, die in den letzten Jahren entstanden sind, und den Blick auf das zu richten, was wirklich zählt: Frieden!

Die Doppelmoral der Kriegsmacher

VON MARCUS KLÖCKNER

■ Der Sänger von „Creedence Clearwater Revival“ John Fogerty klagt im Song „Fortunate Son“ die Klassenunterschiede im Krieg an.

Die reichen Männer machen den Krieg und die Armen müssen darin kämpfen. So hat es, frei übersetzt, John Fogerty gesagt. Fogerty ist der Lead-Sänger von Creedence Clearwater Revival, einer Band, die aus der Geschichte der Rockmusik nicht mehr wegzudenken ist.

In dem legendären Lied „Fortunate Son“ schreit Fogerty mit der ihm gottgegebenen unverkennbaren Stimme die Wut darüber hinaus, dass während der Vietnam-Zeit die jungen Amerikaner aus einfachen Verhältnissen zum Militär eingezogen und in den Krieg geschickt wurden, während die Söhne der Senatoren aufgrund ihres privilegierten Elternhauses den Krieg umgehen konnten. So hat der Sänger es zumindest wahrgenommen. Für Fogerty waren Letztere die „Fortunate Sons“, die glücklichen Söhne.

In gerade mal 20 Minuten, im Schlafzimmer auf seinem Bett sitzend, hat Fogerty dieses Lied 1969 geschrieben. Es sei nur so aus ihm herausgeflossen, sagte er einmal. Diesen Fluss merkt man dem Lied an. Mit einem enormen Druck und viel Kraft in der Stimme, umrahmt von einem entsprechenden Rhythmus des Schlagzeugs und der Gitarren, gelingt es Fogerty, ein musikalisches Statement zu setzen, das bis heute in seinem Kerngehalt nichts an Gültigkeit verloren hat.

Mit „Fortunate Son“ macht Fogerty die Doppelmoral derjenigen politischen Weichensteller sichtbar, die einerseits kein Problem damit hatten, die Masse der Wehrpflichtigen dem Horror des Krieges auszusetzen, während sie andererseits die eigenen Söhne zurückhielten.

Es war einer der ersten Songs, der die Klassenunterschiede im Hinblick auf die Einberufung und den Dienst in Vietnam thematisiert hat. Doch in „Fortunate Son“ schwingt im Subtext auch allgemein Kritik an der Doppelmoral und der Verlogenheit auf politischer Seite mit, wenn es um den Krieg geht – zumindest lässt sich der Song so interpretieren. Die „glücklichen Söhne“ zu thematisieren, heißt, im Kern auf ein viel größeres Gesamtproblem aufmerksam zu machen. Reiche Männer, hochrangige Politiker, Machteliten lassen Kriege entstehen, in denen andere für sie kämpfen. Kriege sind von Lügen, von doppelten Standards und viel Heuchelei umgeben.

Wo sind Lieder wie dieses in der heutigen Zeit?

„Einige Leute sind mit dem silbernen Löffel in der Hand geboren“, singt Fogerty und ergänzt mit den Worten: „Yeah, einige Leute haben sternengesprenkelte Augen. Sie schicken Dich in den Krieg. Und wenn Du sie fragst: ‚Wie viel sollen wir geben?‘, ist ihre einzige Antwort: ‚Mehr, mehr, mehr‘.“ Und in einem sich mehrmals wiederholenden Refrain in dem Song heißt es: „Das bin nicht ich, das bin nicht ich. Ich bin kein Sohn eines Millionärs. Das bin nicht ich. Das bin nicht ich. Ich bin kein glücklicher Sohn.“

Mit „Fortunate Son“ verhält es sich ähnlich wie mit dem Lied „Born in the USA“ von Bruce Springsteen, das von vielen als unkritische patriotische Hymne auf Amerika wahrgenommen wird – was aber falsch ist. Auch „Fortunate Son“ nehmen manche, die sich nicht mit dem Text und den Hintergründen auseinandersetzen, als einen unkritischen, den USA zugewandten Song wahr. Dabei ist „Fortunate Son“ alles andere als ein blinder Lobgesang auf die USA. Es ist ein Angriff auf die Scheinheiligkeit des politischen Establishments. Fogerty ist aber durchaus Patriot, und angesprochen auf seinen Song sagte er:

„Die Politik deines Landes zu hinterfragen, besonders im Krieg, der Menschen tötet, ist definitiv nicht unamerikanisch. Es ist wahrscheinlich das Patriotischste, was Du tun kannst.“ ■

Interpret: Creedence Clearwater Revival
Album: Willy and the Poor Boys, 1969

https://friedensnoten.de/beitraege/die-doppelmoral-der-kriegsmacher/

Foto: Chu Viet Don/Pixabay

„Es geht darum, in welcher Welt unsere Kinder leben werden“

Anmerkungen zu einer Rede von Thomas Eglinski in Prien am Chiemsee



VON HERBERT MAYER

■ Am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, trafen sich wie jedes Jahr Friedensfreunde zur Demo in Prien am Chiemsee. Einer der Redner war Thomas Eglinski, Fernsehmoderator und Unternehmer. Nachfolgend dokumentieren wir einige Passagen aus seiner Rede mit persönlichen Anmerkungen. (Hervorhebungen durch die Redaktion). Komplett können Sie diese hören unter: https://www.youtube.com/watch?v=wbb7517WH5A

Thomas Eglinski:

„[...] Wir Menschen übernehmen Überzeugungen, wir übernehmen Regeln, wir übernehmen leider Gottes auch Feindbilder und manchmal übernehmen wir sogar die Vorstellung davon, mit wem man reden darf und mit wem nicht, ohne irgendwann noch zu fragen, warum eigentlich?“ [...]

Oft erlebe ich, dass ein Gesprächspartner völlig konträre Ansichten zu meinen vertritt. Ich wundere mich, wie mein Gegenüber dazukommt. Ein Beispiel dafür sind Gespräche über die AfD. Die AfD ist böse und rechtsradikal. Auf mein „warum“ folgen Allgemeinplätze, Schweigen oder „ja, aber der Höcke“. Wenn ich auf Beweisen beharre, bleiben die Antworten mehr als vage. Das Gespräch erscheint sinnlos. Doch damit sind wir beim Kern der Sache. Thomas Eglinsky fordert:

„Lasst uns weiter Fragen stellen. Lasst uns weiter miteinander reden. Gerade mit den Menschen, die vollkommen anders denken als wir. Denn wenn wir eines aus der Geschichte der Menschheit gelernt haben sollten, dann doch hoffentlich dieses: **Frieden beginnt dort, wo Menschen trotz unterschiedlicher Meinungen wieder miteinander reden. Ich denke, darüber sind wir uns einig.“**

Wenn wir über Frieden sprechen, kennen wir sehr genau unsere Position. Aber wie oft machen wir den Fehler, anzunehmen, dass die Position unserer Gegenüber nicht der Wirklichkeit entspricht. Eglinsky sagt deutlich:

„Russland hat die Ukraine angegriffen. Die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen und selbstverständlich kann Verteidigungsfähigkeit der Abschreckung dienen. Aber daraus entsteht für mich die entscheidende Frage: Wo bitte ist hier die Ausfahrt? Was passiert, wenn beide Seiten immer weiter aufrüsten? Die eine Seite sagt, wir müssen stärker werden, weil die anderen uns bedrohen. Der andere antwortet: ‚Seht ihr, genau deshalb müssen wir noch stärker werden.‘ Und so geht es weiter. Mehr Waffen, größere Reichweiten, höhere Verteidigungsausgaben, noch mehr Vorbereitung auf den Ernstfall. [...] Deshalb gehören für mich zwei Sätze zwingend zusammen. Ohne glaubwürdige Abschreckung funktioniert Diplomatie möglicherweise nicht. Aber **ohne ernsthafte Diplomatie wird Abschreckung irgendwann gefährlich.**“ [...]

Eines muss uns doch alle verbinden, so Eglinsky:

[...] „Wir wollen nicht, dass unsere Kinder eines Tages herausfinden müssen, ob die Abschreckung tatsächlich funktioniert. Wir wollen, dass sie niemals getestet werden muss. Genau deshalb brauchen wir beides: Verteidigungsfähigkeit und Diplomatiefähigkeit, Stärke und Gesprächsbereitschaft. **Denn miteinander zu reden bedeutet**

nicht, dem anderen Recht zu geben. Verhandeln bedeutet auch nicht zu kapitulieren. Und Frieden zu fordern bedeutet nicht zu ignorieren, wer diesen Krieg begonnen hat. Die entscheidende Frage lautet ohnehin: Wie beenden wir diesen Krieg bzw. wie lassen wir es dazu kommen, dass es nie zu einem Krieg kommt?“

Wer heute für Frieden einsteht, macht sich verdächtig. Putinversteher ist noch die harmloseste Einordnung. Aber was ist verwerflich an dem Wunsch nach Frieden? Es gibt doch nur einen Frieden, auch wenn sich die Friedensbewegung hier sehr dumm verhält. Linker Friede, rechter Friede? Eglinsky weiter:

„Das müsste doch das gemeinsame Ziel aller Menschen sein. Und genau diese Frage beschäftigt mich seit einigen Tagen auch noch aus einem anderen Grund. […] Julia Mendel, eine Ukrainerin, eine Journalistin und von 2019 bis 2021 Pressesprecherin des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskyj. Eine Frau also, die diesen Krieg nicht aus einem deutschen Fernsehstudio betrachtet, eine Frau, deren Heimat von Russland angegriffen wurde. Und diese Frau sagt einen Satz, den ich seitdem nicht mehr aus dem Kopf bekomme: **Frieden kann nicht prorussisch sein.** Was für ein Satz. Frieden kann nicht prorussisch sein. Dieser Satz ist bei mir hängen geblieben. Denn, muss ich Putin gut finden, wenn ich Gespräche mit Russland will? Nein. Muss ich den russischen Angriff relativieren, wenn ich Verhandlungen fordere? Nein. Und bin ich gegen die Ukraine, wenn ich möchte, dass ukrainische Männer und Frauen nicht mehr sterben? Natürlich nicht.“ […]

In Gesprächen mit Kriegsbefürwortern stelle ich oft die Frage: Was kommt nach dem Ende des Krieges? Jeder Krieg ging mit Schrecken einher, aber jeder Krieg ging auch einmal zu Ende. Was, wenn der Westen siegt? Was, wenn Russland siegt? Eine Antwort bekomme ich nicht. Eglinsky:

„Wir reden inzwischen über Milliarden, Waffen, Reichweiten, Munitionsbestände, Truppenstärken und Sicherheitsgarantien. Das sind alles relevante Fragen. Aber hinter all diesen Zahlen stehen doch Menschen. Menschen, die ihre Heimat verlieren. Menschen, die verwundet werden, Menschen, die sterben. Ukrainer und auch junge russische Männer. Nicht, weil dadurch die Verantwortung für diesen Krieg plötzlich verteilt wäre, sondern weil jeder tote Mensch einen Vater, eine Mutter, vielleicht einen Partner – oder noch schlimmer – Kinder hinterlässt. Deshalb möchte ich einen Satz hier ganz bewusst in den Raum stellen. **Mitgefühl kennt keine Nationalität**.“ […]

Wir brauchen Frieden und ich lasse mir nicht einreden, dass es putinfreundlich wäre, diesen zu fordern. Frieden müsste unser tägliches Streben sein, und Diplomatie, die leider unserem Land komplett abhanden gekommen ist. Wenn schon die Regierung in diesem Punkt versagt, so wird es unsere Aufgabe sein, Frieden zu fordern. Immer und immer wieder. Eglinsky:

„Und vielleicht ist heute meine wichtigste Botschaft an euch: Lasst euch nicht einreden, dass Frieden naiv ist und lasst euch auch nicht einreden, dass es Frieden auf jedem Friedhof gibt. Lasst euch nicht einreden, dass Gespräche Schwäche sind und vor allem lasst euch nicht einreden, mit wem ihr reden dürft und mit wem nicht. Denn Frieden entsteht nicht zwischen Freunden. Freunde brauchen keinen Friedensvertrag. **Frieden müssen wir mit denen machen, mit denen wir im Konflikt stehen.** Das ist unbequem, das ist manchmal unerträglich und möglicherweise müssen wir dafür hin und wieder auch mal Menschen an einen Tisch holen, denen wir nicht vertrauen, deren Handlungen wir ablehnen und deren Weltbild wir nicht teilen. Aber genau dafür brauchen wir Diplomatie, nicht für die einfachen Zeiten, sondern für die verdammt schwierigen.“ […]

Und weiter:

„Vielleicht sollten wir deshalb auch noch mehr auf uns selbst schauen und bei uns selbst anfangen in Gesprächen mit unserem Nachbarn, mit unserem Kollegen und auch mit dem Menschen in unserer Familie, mit dem wir über Politik schon lange nicht mehr sprechen, weil wir wissen, dass es sowieso wieder Streit gibt. Mit den Menschen sprechen, die eine andere Zeitung lesen, einen anderen Sender schauen, eine andere Partei wählen oder vollkommen anders über diesen Krieg denken als wir. Redet miteinander, hört einander zu, fragt nach und sagt vielleicht auch mal folgenden Satz: **Ich sehe das anders als du, aber ich möchte gerne verstehen, warum du so denkst.**

Ich will nicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder irgendwann lernen müssen, wie man einen Krieg überlebt. Ich möchte, dass sie lernen, wie man Konflikte löst, bevor daraus Kriege werden. Und ich möchte nicht, dass wir eines Tages zurückblicken werden und sagen müssen, wir waren hervorragend auf den Krieg vorbereitet, aber wir haben nicht alles versucht, um den Frieden zu erhalten. […] Am Ende geht es um etwas viel Größeres als unsere unterschiedlichen politischen Ansichten. **Es geht darum, in welcher Welt unsere Kinder leben werden.**“ ■

Sie zerstören Deutschland

3. Oktober, Tag der deutschen Einheit. Man denkt an die Wiedervereinigung, an ein gedeihendes Deuschland. Kundgebungen und Feiern landauf und landab. Doch es geschehen Dinge, die man sich damals nicht hätte träumen lassen. Wer glaubt, ein deutscher Kanzler würde diesen Tag an einem Ort verbringen, der dem historischen Ereignis angemessen wäre, der irrt. Kanzler Merz und seine Wirt-

MEIN TRAUM

TEXT: HERBERT MAYER / MUSIK: KI



Mein Traum wär eine Welt in Frieden,
ganz ohne Krieg und ohne Not und Leid.
Die Menschen brauchen keine Schlachten,
die Menschen brauchen keinen Kampf und keinen Streit.

Es sind die Volksvertreter, die die Kriege planen,
sie sagen uns, den Feind muss man besiegen.
Sie wollen niemals Diplomaten schicken,
den Feind muss man auf jeden Fall bekriegen.

So produziert man nicht mehr Autos und Maschinen
und keine Schaufeln mehr und Pflüge,
doch alles, was sie uns erzählen,
das ist seit langem nur noch eine Lüge.

Man braucht jetzt Waffen, Drohnen und Raketen
und alles stellen wir in Windeseile her,
vor allem braucht man jetzt die jungen Leute,
für uns're kriegsbereite Bundeswehr.

Sie werden niemals wohl das Volk befragen,
denn sie verdienen an den Kriegen viel zu viel.
Die Rüstungsfirmen zeigen sich spendabel,
der Krieg muss lange dauern, das ist wohl ihr Ziel.

Die Politik verkauft das Land schon lange,
die Menschen werden leider nicht gehört.
Sie schüren Angst und keiner kann sie stoppen,
und unser Land ist irgendwann zerstört.

Wir haben wirklich nur noch eine Chance,
wenn wir ganz laut dagegen protestieren.
Und ihnen zeigen, was wir wirklich wollen,
wir folgen nicht mehr denen, die regieren.

Geht auf die Straße und dann zeigt es jedem,
wir haben leider nicht mehr so viel Zeit.
Sie können ihre Kriege ganz alleine führen,
wir folgen nicht und sind nicht kriegsbereit.

Wir greifen niemals wieder zu den Waffen.
Wenn ihr das wollt, geht selber an die Front.
Dann ist die Kriegslust ganz, ganz schnell verflogen
und unser Land von Unheil bleibt verschont.

Wir müssen selber wieder Mut beweisen,
wir bieten allen Kriegs-Chaoten jetzt die Stirn.
Das Land braucht an der Spitze kluge Köpfe,
mit Menschlichkeit, mit Herz und auch mit Hirn.

UNZENSIERT-SONG
abspielen

schaftsministerin Reiche fliegen nach Kiew. Sie wollen sich aktiv für die Energiesicherheit der Ukraine einsetzen. Wie üblich bei deutschen Politikern auf Auslandsbesuch, kommen sie nicht mit leeren Taschen. Drei Milliarden als neuerliche Zusage. Nicht für die deutsche Energiesicherheit, nein, für die ukrainische. Die Energiesicherheit des Landes, das für die Sprengung unserer Energiesicherheit mitveranwortlich sein soll.

Blicken wir auf die Zahlen: 100,9 Mrd. Euro flossen bereits von Deutschland direkt an Kiew. Davon 57,6 Mrd. für Rüstungsgüter und 43,3 Mrd. für den zivilen Bereich. Zusätzlich kommt unser Anteil über die EU von ca. 53–54 Mrd. Euro. Betrachtet man den Investitionsrückstand von etwa 69 Mrd. Euro allein für Schulen in Deutschland, so wird der ganze Vernichtungsplan für unser Land sichtbar.

Auf die Frage an Katherina Reiche, ob man denn angesichts der neuerlichen Korruptionsvorwürfe wisse, wo das Geld landet, antwortete sie ausweichend. Man verlässt sich weitestgehend auf Aussagen ukrainischer Politiker. Und genau diese stehen gerade massiv unter Korruptionsverdacht. Natürlich weiß Herr Selenskyj davon nichts.

Die deutschen Bürger fragen sich längst, warum für Merz und seine ganze Regierungsriege die Ukraine wichtiger ist als das eigene Land. Und vollends ins Grübeln kommt man, angesichts der an Größenwahn grenzenden sinngemäßen Aussage von Friedrich Merz in Kiew, es sei für Deutschland, für Europa, ja für die ganze Welt eine einzige Katastrophe, wenn er mit seiner Regierung abgewählt würde.

Aber angesichts des Siegeszugs der AfD und der am Abgrund stehenden Regierungsparteien scheint man in der Regierung vorsorglich die Devise ausgegeben zu haben, wenn wir schon die Macht über unser Haus verlieren, dann zünden wir es wenigstens vorher noch an. Politik der verbrannten Erde. | HM



Abbildung: Pixabay

Es ist etwas faul im Staate D...

nach W. Shakespeares „Hamlet"

VON MARTINA LAABE

■ Und wenn etwas fault, dann stinkt es zunehmend und wird für immer mehr Menschen wahrnehmbar. *„Something is rotten in the state ..."* – verrottete oder verrottende Verhältnisse in einem Staat sind oder werden sichtbar für seine Bürger. Es bedarf inzwischen keiner großartigen Aufklärungsarbeit mehr: Wer wissen will, was aktuell los ist, muss nur mit offenen Sinnen durchs Land gehen. Social Media und die neuen Medien berichten das, was die Mainstreammedien beschönigen, verdrehen oder verschweigen. Wer wirklich informiert sein will, findet seine Quellen. Wer sich nicht beunruhigen oder aufregen möchte, halte es mit den bekannten drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Wer Social Media und den neuen Medien misstraut, braucht sich nur in seinem persönlichen Umfeld umzuschauen: von der Kita bis zur Universität, von der Arztpraxis bis zur Klinik, von der Tanksäule bis zum Straßenzustand, vom Stadtbild bis zur Kriminalitätsrate, von der Einbürgerungspraxis bis zum Wahlergebnis. Jeder Bürger, jede Bürgerin hat Geschichten zu erzählen. Zwar häufig noch zögerlich, leise und hinter der vorgehaltenen Hand – denn das Vertrauen in die freie Meinungsäußerung ist auf einem Tiefstand –, aber zunehmend doch selbstbewusst und geradezu trotzig angesichts der verlogenen veröffentlichten Meinung.

Die Spaltung innerhalb der Gesellschaft, die während der Coronakrise offen zutage trat, wird tiefer und unversöhnlicher: Freiheit versus Sozialismus, Marktwirtschaft versus Planwirtschaft, Remigration versus Migration, Frieden versus Kriegstreiberei. Und diese Spaltung wird nicht nur von den äußeren politischen Rändern betrieben! Ob Deutschland gesellschaftliche, politische oder sogar militärische Verwerfungen quasi shakespeareschen Ausmaßes – wie beispielsweise aktuell in Großbritannien und Frankreich - erleben wird, bleibt abzuwarten.

Die ehemaligen Volks- und aktuellen Regierungsparteien CDU und SPD haben abgewirtschaftet. Sie liegen in der Insa-Umfrage vom 3. Oktober 2026 unter 20 %, was sie nicht davon abhält, die neue Volkspartei AfD – erstmals mit 30 % – auf jedem erdenklichen Wege ausbremsen zu wollen.[1] Die Wahlbeteiligung stieg bei den Landtagswahlen im September auf über 75 % und lag damit deutlich höher als in den Vorjahren.[2] **Wachen immer mehr Bürger auf?**

Der argentinische Präsident Milei ruft **„Afuera!"**[3] und bringt sein Land wieder auf Erfolgskurs.

Die deutsche Großmutter sagt: **„Die Treppe wird von oben nach unten gekehrt."** Beginnen jetzt die Kehrwochen? ■

1 https://www.wahlrecht.de/umfragen/insa.htm CDU/CSU 18 %, SPD 14 %

2 Sachsen-Anhalt 77, 8 % https://www.wahlrecht.de/news/2026/landtagswahl-sachsen-anhalt-2026.html

Mecklenburg-Vorpommern 78,11 % https://www.wahlrecht.de/news/2026/landtagswahl-mecklenburg-vorpommern-2026.html

3 https://www.kettner-edelmetalle.de/wissen/afuera-milei-erfolg-deutschland-niedergang

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

In eigener Sache

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.
Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger" mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95 BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schiefläuft.

Ihre Redaktion



Abbildung: Tumisu/Pixabay

Eine Änderung zum Guten wäre möglich

VON HERBERT MAYER

■ Wäre es nicht so ernst, könnte man den Bundestag als Theater bezeichnen. Über Deutschland ziehen schon seit langem dunkle Wolken auf. Im kommenden Winter droht ein Energiemangel. Die Spritpreise zeigen es uns täglich: Autofahren wird zum Luxus, Tankrabatt hin oder her. Die Kosten für Lebensmittel, fürs Heizen, für Versicherungen, Sozialbeiträge und vieles mehr steigen. Die Regierung versucht, ständig steigende Steuern und Abgaben als notwendige Reformen zu verkaufen. Während die Bürger im Land harte Einschnitte zu spüren bekommen, führen uns Politiker an der Nase herum und zeigen uns den Stinkefinger. Sie verhöhnen die Menschen, die in Sorge sind, wie sie ihr Leben künftig gestalten sollen. Wie die Miete bezahlt werden soll und wie sie mit ihrer Familie über die Runden kommen. In diesen Zeiten zeigt ein Kanzleramtsminister in einer ZDF-Dokumentation, was ihm wichtig ist, abgehoben und realitätsfern; aber es ist klar und deutlich, wie groß die Kluft zwischen Politikern und Bürgern mittlerweile ist.

Geht man davon aus, dass keiner Philipp Amthor wirklich ernst nimmt – allenfalls fragt, wie ein verhinderter Komiker in der Polit-Hierarchie so hoch steigen kann –, so bleibt doch die Tatsache, dass wir diese Typen – denn Amthor ist ja nicht der einzige – großzügig durch unsere Steuergelder finanzieren. Über Jens Spahn z. B. wurde schon viel geschrieben. Verwundert es, dass er – wenn auch nur für kurze Zeit – einen Sitz im Bundestags-Haushaltsausschuss erhalten hat? Nach dem Motto: Gestern zurückgetreten, heute wieder ein neuer Posten. Er sollte künftig über die Ausgaben des Bundes mitentscheiden und die Verwendung von Milliarden an Steuergeld kontrollieren. Dabei ist Spahns Maskenbeschaffung in der Corona-Zeit weiter politisch und juristisch umstritten. Die Bundesregierung bestätigte den Streitwert in Verfahren rund um die damaligen Beschaffungspraktiken, die Spahn zu verantworten hatte, mit rund 2,3 Milliarden Euro. Nun hätte man annehmen können, dass es innerhalb des wichtigen Haushaltsausschusses massiven Widerstand gegen diese Personalie geben würde. Allein durch Spahns Vergangenheit hätte sich dieses Amt verboten. Doch nichts geschah. Erst die weitere Dreistigkeit, sich während einer Sitzungswoche in den Urlaub zu verabschieden, erregte Protest. Beleidigt gab er sein Amt wieder ab. Und die Bürger zahlen weiterhin sein Gehalt als Bundestagsabgeordneter.

Wir werden von Narren regiert

Diese Narren zerstören gerade unser Land, gefährden unser Leben und die Zukunft der nächsten Generationen. Wir erleben einen Bundeskanzler, der vorgibt, Rückgrat zu haben und Verantwortungsbewusstsein. Doch er zieht aus den katastophalen Wahlergebnissen seiner Partei nur eine Konsequenz: Er macht weiter. Weiter so wie bisher und weiter unbelehrbar, beratungsresistent und uneinsichtig. Mehr noch. Er droht zwischen den Zeilen sogar, dass er im Umgang mit den „dummen" Bürgern, die seine Politik halt nur nicht verstehen, Macht seines Amtes durchaus auch andere Seiten aufziehen könne.

Auch das ist ein bezeichnendes Merkmal dieser Regierungsmannschaft. Sie merken gar nicht mehr, was im Land passiert. Merz' „triumphierender" Erkenntnis, dass 56,2 Prozent die AfD nicht gewählt hätten, steht die nüchterne Tatsache gegenüber, dass 82,8 Prozent der CDU kein Vertrauen entgegenbrachten. Ein „Unternehmen" das seine Produkte nicht mehr verkaufen kann, müsste überlegen, warum. Was macht die Konkurrenz anders, besser? Doch diese „Firma" CDU und mit ihr alle anderen Wahlverlierer beschimpfen die „Konkurrenz", bedrohen sie mit Parteiverbot und arbeiten weiter am eigenen Niedergang.

Sie treiben uns in den Krieg

Über all den innenpolitischen Problemen liegt wie ein bleierner Nebel die Kriegsgefahr. 50 Prozent der Wahlberechtigten sind zwar immer noch für den Erhalt der Brandmauer, aber weitaus mehr Menschen machen sich Sorgen, was den Umgang mit der Ukraine und Russland anbelangt. Unsere Politiker wissen, wie schlecht es um Deutschland steht. Wie die Wirtschaft den Bach hinuntergeht, welche fatalen Folgen unser Alleingang bei der Energiewende ver-

ursacht, wie es landesweit um unsere Infrastruktur steht und dass wir im Bildungssektor im Mittelmaß angekommen sind. Vom Gesundheitswesen und der Rentenproblematik ganz zu schweigen. Aber geht es um die Kriegsgefahr, um Milliarden für die Rüstungsindustrie und die zügellose wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine sowie die Wehrpflicht, sind sich alle Altparteien mit dem Kanzler und seinem Kriegsminister einig: weiter, immer weiter so.

Auch hier zeigt sich die ganze Misere unserer Politik. Erinnern Sie sich noch an die Coronazeit? Damals übernahm der Bundeswehrgeneral Carsten Breuer das strategische Kommando, um zu gewährleisten, dass Deutschland lückenlos mit der Giftspritze versorgt werden konnte. Nun wurde er zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses ernannt. [1] Breuer gilt als Garant dafür, dass die NATO irgendwann auch aktiv in den Ukraine-Krieg eingreifen wird. Und wie damals bei Corona kann sich die Regierung darauf verlassen, dass unser Kriegseintritt von ihm planmäßig gesteuert und realisiert wird. Aber auch auf die Unfähigkeit unserer Außenpolitik ist Verlass. Nach Annalena Baerbock tritt nun Johann Wadephul in deren Fußstapfen. Wadephul, ein „Rhetoriktalent" ähnlich wie seine Vorgängerin, unternahm beim UN-Gipfel in New York den Versuch, mit Russlands Außenminister Sergej Lawrow zu sprechen. Im 20-minütigen „Austausch" las Wadephul altbekannte Positionen und Forderungen Deutschlands von einem Zettel ab, was Lawrow anschließend zu der Bemerkung veranlasste: „Es gab nichts Neues. Da hätte er mich auch anrufen können …".

Es stellt sich also in vielerlei Hinsicht die Frage: Haben wir nur Versager und Anfänger in Regierungsverantwortung? Wie lange können wir es uns noch leisten, diese Truppe in Berlin agieren zu lassen? Aber wenn man das Berliner Wahlergebnis ansieht, muss man auch bei der Bevölkerung vermuten, dass sie nicht mehr ganz bei Sinnen ist. Und das ist womöglich das größere Problem in unserem Land: Die Menschen interessiert es gar nicht, was hier mit uns passiert und was auf uns zukommt. Stephen Hawking, englischer Physiker (1942–2018), hat einmal gesagt: „Wenn Du niemals Deine Augen öffnest, wirst Du niemals die Wahrheit sehen. Und wenn Du die Wahrheit nicht siehst, wird jemand anderes Deinen Weg bestimmen."

Regieren uns Avatare?

Unseren Weg bestimmen seit langer Zeit schon, aber besonders bitter zu erfahren seit ein paar Jahren, Figuren im Hintergrund, die ihre Hampelmänner an allen wichtigen Hebeln platziert haben. Männer und Frauen, die schon früh im Sinne der Transatlantiker ausgebildet wurden und derzeit in unserem Land wie ferngesteuert agieren. Doch wir Bürger sind seit vielen Jahren blind für das, was jetzt offensichtlich wird. Das Feld ist bestellt, und sie sind dabei, zu ernten. Das Land gehört Blackrock. Kanzler Merz als Ex-Mitarbeiter des größten Vermögensverwalters weltweit regiert Deutschland ganz in dessen Sinn. Die Rüstungsindustrie bestimmt Verlauf und Fortdauer des Kriegsgeschehens. Die Gesundheit wird von der Pharmaindustrie dominiert. Ex-Kanzlerin Merkel gab erst vor kurzem zu, welch großen Druck Bill Gates bei Corona auf die Regierung ausgeübt hat. [2] Die Technik ist in den Händen von KI-Konzernen (Überwachung durch Palantir und andere), die Industrie beherrschen die Chinesen (Solarmodule, Windräder, E-Autos). Und zu allem Überfluss eine Behörde in Brüssel, die uns wissentlich verkauft, überwacht und auspresst. Während Deutschland und Europa existenziell bedroht sind, zündeln die USA weltweit an Kriegen und verschärfen täglich diese Krisen zugunsten ihrer eigenen Agenda „Make America great again".

Was tun? Guter Rat ist gar nicht so teuer

Wäre Deutschland souverän, könnte sich unser System grundlegend ändern. Dafür sind Schritte notwendig, die wir schnell und mittelfristig angehen müssten:

- Deutschland muss seine Souveränität und Neutralität einfordern. Bis heute steht im Grundgesetz (Art. 120 GG): „Der Bund trägt die historischen Aufwendungen für Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten als Übergangsregelung." [3] Das muss beendet werden.
- Keine fremden Truppen in Deutschland.
- Eine EU, die auf marginale Befugnisse beschränkt wird und sich nicht in nationales Geschehen einmischen darf.
- Die EU und besonders Deutschland müssen wieder als Friedensnationen auftreten und Konflikte durch Diplomatie lösen. Eine Annäherung an Russland ist zwingender als je zuvor.
- Deutschland muss aus der NATO, der WHO und der UN austreten.
- Deutschland muss weg von Hochrüstung, Wehrpflicht und Waffenproduktion. Waffenlieferungen an die Ukraine, aber auch an Israel und andere kriegführende Staaten müssen verboten werden.
- Die Macht der Parteien muss beschränkt werden.
- Die Energiewende muss sofort gestoppt und NordStream wieder in Betrieb genommen werden, um günstige Energie aus Russland zu beziehen.
- Die Finanzierung von NGOs und dubiosen Stiftungen muss beendet werden.
- Wir brauchen eine Machtbegrenzung für Politiker und eine Politikerhaftung.
- Die Corona-Zeit muss aufgearbeitet und politisch motivierte Prozesse beendet werden.
- Die Presse- und Meinungsfreiheit muss uneingeschränkt gewährleistet, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf den Prüfstand gestellt werden.
- Das Bargeld muss gesetzlichen Bestandsschutz erhalten, gleich-

berechtigt mit dem geplanten digitalen Euro.

- Wir müssen das Parlament mindestens um die Hälfte reduzieren und mit direkt gewählten Fachleuten besetzen.
- Die Hindernisse bei Wahlen müssen beseitigt werden, keine 5-Prozent-Hürde bei Bundestags- oder Landtagswahlen und keine 3-Prozent-Hürde bei der Europawahl, wie von der EU geplant.
- Wir brauchen eine Basisdemokratie und ein systemisches Konsensieren. (Das systemische Konsensieren ist ein zentrales Entscheidungsverfahren der Partei dieBasis, bei dem nicht nach Zustimmung [Ja/Nein], sondern nach dem Grad des Widerstands oder der Ablehnung von Lösungsvorschlägen gefragt wird). [4]

Wenn der Bürger bereit ist, seine angebliche Machtlosigkeit zu überdenken und wenn wir Politiker hätten, die dem Land und dem Volk verpflichtet sind, könnte man den desolaten Zustand Deutschlands beenden.

Für alle, denen das zu weit geht und unmöglich erscheint oder die das jetzt reflexartig ablehnen sei noch einmal Stephen Hawking zitiert: „Wenn Du für die Wahrheit einstehst, wirst Du viele Feinde haben." Doch sollte uns das nicht abschrecken. Wer sich das zuvor Beschriebene einmal in Ruhe durch den Kopf gehen lässt, kommt vielleicht selbst zur Überzeugung, dass eine derartige basisdemokratische „Revolution" zum Guten in unserem Lande führen würde. ■

[1] https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/carsten-breuer-wird-vorsitzender-des-nato-militaerausschusses-wuestner-enorme-bedeutung-fuer-deutschland

[2] https://www.berliner-zeitung.de/article/merkel-ueber-bill-gates-er-hat-quageld-moralischen-druck-ausgeuebt-10400335

[3] https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_120.html

[4] https://diebasis-partei.de/2020/08/das-systemische-konsensieren/



Abbildung: Ratfink 1973/Pixabay

BRD, Kapital und Grundgesetz

VON DR. HEINZ MORHARD

■ Der erste Finanzminister der neu geschaffenen Bundesrepublik Deutschland war Fritz Schäffer. Er musste schon nach einer Legislaturperiode weichen. Allzu sehr war er ein Mann des Sparens. Seinen „Juliusturm"* verteidigte er energisch. Damit hatte er viele und bedeutende Wissenschaftler gegen sich. Diese wollten Geld für die wirtschaftliche Entwicklung. Das hätte bereits zu Beginn eine Schuldenaufnahme der noch bitterarmen BRD bedeutet. Damit die Auslieferung des neuen Staates an das Kapital! Doch den Spruch: Geld regiert die Welt gibt es nicht umsonst. Der aufrechte Fritz Schäffer musste ins Justizministerium weichen. Damit war der „Juliusturm" Geschichte. Um die Wirtschaft in Schwung zu bringen gab es Kredite, die der Staat absicherte. Unglaublich schnell wuchs die Wirtschaft. Sie wuchs so schnell, dass der zweite deutsche Bundeskanzler, Ludwig Erhard, zum „Maßhalten" aufrief, obwohl gerade er als Wirtschaftsminister für das rasante Wachstum verantwortlich war. Er wurde deshalb belächelt und musste sich bald zurückziehen.

Das Wirtschaftswunder konnte weiter wachsen und wachsen und wachsen. Den Besonnenen fing es an zu grauen, aber sie fanden im Rausch des ewigen Wachstums kein Gehör.

Viele Jahre und Jahrzehnte ging das gut und immer besser. Neue Märkte erschlossen sich oder wurden erschlossen. Zuletzt mit der Osterweiterung der BRD – so nenne ich die Wiedervereinigung.

Aber irgendwann einmal kommt jedes Wachstum zum Stillstand, an seine Grenzen – oder es endet mit Krankheit und Tod.

Sind wir heute wieder so weit? Der Aufrüstungswahn erhärtet diese Verdachtsdiagnose.

Ich bin 1939 vor dem Zweiten Weltkrieg geboren. Ich habe Erinnerungen an den Krieg, die unglaublichen Flüchtlingsströme aus dem Osten, die miesen Jahre nach dem Ende des Weltkriegs. Ich war voller Optimismus vor allem nach dem Fall der Grenze zwischen West und Ost. Heute weiß ich, dass damit dem Kapital die absolute Macht übergeben wurde. Unser Grundgesetz gilt heute nicht mehr den Menschen sondern nur noch dem Geld! Diese Überzeugung kann mir keiner nehmen, keiner den Gegenbeweis antreten! Der Beginn des Endes wurde nach meiner Meinung systematisch betrieben. Spätestens mit den Corona-Maßnahmen bedeutete das: Versagen des Rechtsstaates, der Parteien, der Freiheit durch Angst, Erpressung, Terror, Diktatur. Die Regierungen flüchten sich zunehmend in Angstmache, Verleumdung, Hetze und betreiben eine Kriegspolitik, um mit dem Krieg und/oder bei dem unausweichlichen Niedergang einen Schuldigen zu haben! ■

** Wenn ein Finanzminister statt der üblichen Schulden Guthaben anhäuft, spricht man manchmal vom „Juliusturm". Der runde Bergfried der Spandauer Zitadelle in Berlin heißt Juliusturm. Er stammt noch aus der Burg des 12. Jahrhunderts und diente unter anderem nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 zur Aufbewahrung von 120 Millionen Goldfrancs aus den französischen Kriegsentschädigungen, die in Kisten hier deponiert wurden. Letztmalig gelang die Bildung so nennenswerter Reserven Fritz Schäffer, dem ersten Finanzminister der Bundesrepublik im Kabinett Adenauer in den 1950er-Jahren.*

Nach der Wahl ist vor der Wahl …



Gedanken über einen Wahlerfolg

VON PETER NIEBERGALL

■ Sachsen-Anhalt hat gewählt. Sachsen-Anhalt? Obwohl in diesem Bundesland nur 1,7 Millionen Wähler an die Wahlurne gerufen wurden, ging am Abend des Wahlsonntags ein Ruf wie Donnerhall nicht nur durch Mitteldeutschland. Auch Journalisten aus Großbritannien und Frankreich standen auf der Matte und berichteten europaweit.

Wir haben ein Ergebnis. Ein Ergebnis, das das Bedürfnis von mindestens 44 % (Quelle: *Thüringer Allgemeine* vom 7. September 2026) der Bevölkerung des kleinen mitteldeutschen Bundeslandes nach Veränderungen, nach einer neuen Wende, dokumentiert. (Bundesweit weisen aktuelle Umfragen einen Wert von etwa 28 % auf). Ein Resultat, das das Lächeln im Gesicht mancher Politikdarsteller und deren Mitläufer ersterben ließ und lässt. Wies doch die Urnenwahl ein Ergebnis von 51 % für die AfD auf. Die Briefwahl allerdings nur 24 %. Eine Diskrepanz die natürlich erklärungsbedürftig ist bzw. die massive Bewerbung der Briefwahl erklärt.

Ein Ergebnis, das aber auch eine entsprechende Vorgeschichte hat. Nämlich einerseits den zunehmenden Wunsch vieler Mitbürger nach einem deutlichen Politikwechsel, der in Mittel- und Ostdeutschland mitunter kurz und knapp mit den Worten: Faxen dicke, Schnauze voll! artikuliert wird. Andererseits ist diese Vorgeschichte gekennzeichnet durch die schier unglaublichen Versuche des etablierten Parteienkartells mit den ihm angeschlossenen Medien, seine Macht zu erhalten, koste es was es wolle. Seien diese Winkelzüge auch noch so perfide bis verzweifelt. Dabei denke ich an die mediale Begleitung des Wahlkampfs durch den ÖRR und sonstiger „Qualitätsmedien“ (beispielhaft sei hier das Titelblatt der *Spiegel*-Ausgabe 34 vom 14. August 2026 genannt). Oder an dubiose Anti-AfD-Aktionen von Campact, einer Organisation, die als Nichtregierungsorganisation deklariert wird und für diese bezeichnende Kampagne wahrscheinlich auch Steuergelder einsetzte. Ferner an Razzien und Hausdurchsuchungen, die man kurz vor der Wahl durchführte. An den Bürgermeister von Egeln, der darüber nachdenkt, seine Feuerwehrmänner zu sanktionieren, weil sie sich mit dem AfD-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten ablichten ließen. An einen ehemaligen Ministerpräsidenten, der im Vorfeld ankündigte, das Land verlassen zu wollen, wenn die Wahl nicht nach seinen Vorstellungen ausgehen würde und andere erhellende Aktionen des Establishments bzw. „Unsererdemokratie“.

Wenige Tage vor der Wahl wurde publik, dass man in Halle und Magdeburg Hunderte doppelte Briefwahlunterlagen verschickte. Was sicherlich auf ein Versehen zurückzuführen ist, das wahrscheinlich lediglich diese beiden Städte betrifft … Das Briefwahlgeschehen in den 756 Senioreneinrichtungen und Altersheimen Sachsen-Anhalts (Erhebung Ende 2023) soll in diesem Zusammenhang gar nicht weiter thematisiert werden. Obwohl wir hier von ca. 28.000 mehr oder weniger dementen Wahlberechtigten sprechen (entspricht 1,6 % aller Wahlberechtigten). Aber auch dieses schreit zum Himmel.

Im Übrigen gibt es neuerdings in einigen Bundesländern schon ein Verfahren, bei dem bereits vor einer Wahl Mitglieder der etablierten Parteien in Wahlausschüssen entscheiden, welcher Kandidat überhaupt zur Wahl zugelassen wird. Der so fürsorglich betreute Wähler hat sich dann eben mit den übriggebliebenen Möglichkeiten zu begnügen. Abgesehen davon denken unsere Spezialdemokraten bereits aufgeregt darüber nach, wie und wann sie den sogenannten Bundeszwang scharf stellen können, wenn ihnen Wahlergebnisse nicht passen. Außerdem gibt es ja noch besonders bunte Pseudodemokraten, die die Anwendung von physischer Ge-

walt gegen Sachen und Personen als probates Mittel des Ausdrucks ihrer moralischen Überlegenheit gegenüber dem neuen Klassenfeind empfinden. Was an eine Erkenntnis erinnert, die einem gewissen Ignazio Silone* nachgesagt wird.

Es sollte daher nicht verwundern, wenn manchem Wähler allein diese undemokratische Umgangsweise mit einem Mitbewerber genügt, um sein Kreuz bei dieser Partei zu machen.

Dem interessierten Beobachter muss auffallen, dass im Verlauf der letzten Jahre – in denen endlich eine echte wirksame Opposition Wahlerfolge verzeichnete und verzeichnet, die die Kader der Kartellparteien das Gruseln lehrt – der Begriff „taktisch wählen" zunehmend Bedeutung gewann.

Die krampfhaften bis verzweifelten Versuche und Methoden der Etablierten, ihre Macht zu erhalten, brachten es mit sich, dass sie zur Verhinderung des Wahlsieges von AfD-Kandidaten bei Bedarf eine unheilige Allianz mit politischen Mitbewerbern bzw. eigentlichen Konkurrenten eingingen und eingehen. Zwischen CDU/CSU (zwischen SPD und Grüne sowieso) und die Rudimente der ehemaligen Mauerschützenpartei scheint mitunter bzw. zunehmend kein Blatt Papier zu passen.

Was die Bürger von Mittel- und Ostdeutschland zwangsläufig an die dort einst regierende Einheitspartei erinnert. Und an den damit verbundenen Begriff der Nationalen Front, in der eine Pseudoopposition in Form von Blockparteien (auch Blockflöten genannt) eine unrühmliche Rolle spielte. Ein Feigenblatt, das in der alten Deutschen Demokratischen Republik zu „Unsererdemokratie" gehörte wie die Mauer und der Schießbefehl.

Die Kehrseite dieser Medaille ist in unserer heutigen Situation die Problematik, die sich aus der Wahlmöglichkeit von sogenannten Klein- und Kleinstparteien ergibt. Die natürlich prinzipiell ihre Berechtigungen haben. Manch ein Wahlberechtigter folgt dem Rat eines guten Bekannten und wählt eine solche. Auch wenn fraglich ist, ob diese die Fünf-Prozent-Hürde überwinden wird. Geschweige denn, wirkliche – und zeitnah dringend erforderliche! – politische Veränderungen erzwingen kann. Wobei man sich bei einer solchen Entscheidung im Klaren darüber sein sollte oder muss, dass einer Kraft, die in definitiv kritischen Zeiten am ehesten oder überhaupt in der Lage ist, wirksame Veränderungen herbeizuführen, unter Umständen diese Stimme fehlt. Womit dann alles so bleibt wie es war oder ist.

Apropos Kleinparteien. In diesem Zusammenhang kann es nicht schaden, wenn man sich einmal vorstellt, dass solche möglicherweise eigens ins Leben gerufen werden, um Stimmen von Wählern zu neutralisieren, bzw. um manipulativ zu verhindern, dass diese ansonsten einem Mitbewerber zugutekommen, den man als ernste Konkurrenz fürchtet, kleinhalten oder verhindern will. Ein derartiger Versuch macht umso mehr Sinn, je mehr man dem Wahlvolk erfolgreich das Selbstdenken abgewöhnt hat. Das dann zum Beispiel eine Allianz von einem Bündnis Sahra Wagenknecht mit der Alternative für Deutschland für realistisch und möglich hält. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts bietet sich ein Blick auf dieses BSW an, mit dem in Bezug auf die Landtagswahlen in Mittel- und Ostdeutschland 2024 ein entsprechender Coup gelang. Kurz zuvor hatte man angesichts des damaligen Schwächelns der SED-Nachfolgepartei Die Linke taktisch klug dieses Bündnis um die taffe Sahra geschustert und dann der AfD mit zweistelligen Wahlergebnissen tatsächlich Stimmen weggenommen.

Inwieweit diese Idee auf eine Wagenknecht'sche Eingebung zurückzuführen ist, von ihrem Ehemann Lafontaine kam oder gar einer Initiative aus dem Bundeskanzleramt geschuldet ist, sei einmal dahingestellt. Möglich scheint ja mittlerweile alles. Was von der BSW-Truppe zu halten ist, weiß man inzwischen (ein Blick nach Thüringen dürfte genügen). Auch wenn diese mit verschiedenen Protagonisten und verführerischen Ankündigungen versucht, am besagten Erfolg anzuknüpfen, bzw. sich anschickt, zum zweiten Mal reichlich blauäugige Wähler hinter die nächste Fichte zu führen. Auch das sollte man bedenken, wenn das Dach der Hütte brennt, die Lage wirklich ernst ist und uns die Zeit für unerlässliche Veränderungen bzw. einen Politikwechsel davonrennt. Der Wähler, der mündige Bürger, sollte also wohlüberlegt seine Wahlentscheidung treffen. Was für den einen leicht, für den anderen schwer ist.

Und das bedeutet letztendlich, dass wir uns emanzipieren müssen. **Wenn wir uns als Souverän, der den Namen verdient, unseren Staat, unser Land, das zur Beute der etablierten Parteien wurde, weil wir es zugelassen haben, wieder zurückholen wollen. Und dieser Prozess der Emanzipation kann und darf nicht nach einer Wahl enden.** Er muss vielmehr darüber hinausgehen und zum Prinzip werden. Weil sonst die Gefahr besteht, dass wir als Souverän erneut eingelullt, belogen und betrogen werden. Und damit als solcher wieder versagen. Diese Verpflichtung bringt es mit sich, dass man sich als Wähler pri-

Peter Niebergall, geb. 1951 in der DDR, ist Ingenieur im Ruhestand und Autor des autobiografischen Buches „Wir wollten weg".



Peter Niebergall
„WIR WOLLTEN WEG"
LOCO Verlag
560 Seiten, gebunden
ISBN
978-3-9525491-9-3

* *[Anm. der Redaktion: Ignazio Silone, (1900–1978), italienischer Schriftsteller. Ihm wird das Zitat zugeschrieben: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen ‚Ich bin der Faschismus'. Nein, er wird sagen ‚Ich bin der Antifaschismus'".]*

mär an der Sache d. h. zum Beispiel am Programm der jeweiligen Partei orientieren sollte und weniger an der Person von mehr oder weniger charismatischen Leitfiguren. Kontrolle – zum Beispiel die der Einhaltung von Wahlversprechen betreffend – ist angesagt. Die Sache ist also etwas anstrengend. Wobei uns aber auch bewusst sein muss, dass stets nicht alle Wünsche erfüllt, nicht alle Vorstellungen des Einzelnen von einer Partei oder deren Repräsentanten, von einer Regierung allgemein, erfüllt werden können. **Allerdings ist – und zwar von uns Wählern! – darauf zu achten, dass sich primär das Gemeinwohl des deutschen Volkes im Fokus derselben befindet und dass die gewählten Volksvertreter ihren Amtseid respektieren und diesem gerecht werden.** Warum muss man in diesem Zusammenhang nur an die beste Kanzlerin aller Zeiten, an Herren wie Habeck, Scholz, Spahn, Steinmeier, Merz oder an eine Frau Strack-Zimmermann denken?

Für uns Bürger ergibt sich also die Aufgabe, Machtmissbrauch, Parteienfilz und Bonzentum zu verhindern. Bevor man sich einmal ernsthaft Gedanken darüber macht, eventuell das Parteiensystem insgesamt abzuschaffen oder zu ersetzen. Wie das z. B. Volker Freystedt in einem Artikel der *„UNZENSIERT"* vom Dezember 2022 (Nr. 19) andenkt. Ein Job, den der Souverän machen muss, denn dieser hat das Sagen. Weil Parteien bei der Gestaltung von Politik und Gesellschaft lediglich mitwirken sollen. So steht es zumindest in unserer provisorischen Verfassung, dem GG.

Wie es nach dem aktuellen Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt weitergehen wird, ist momentan (10. Oktober 2026) noch nicht absehbar. Man kann darüber spekulieren, aber auch relativ gelassen abwarten. Eins ist allerdings klar: Die AfD obsiegte haushoch, die CDU stürzte dramatisch ab. (Letztere Feststellung findet sich sogar als Überschrift auf dem Titelblatt der *Thüringer Allgemeinen* vom 7. September). Eine neue SED ist zu befürchten. Wie auch Strafmaßnahmen vom „EU-Zentralkomitee" (F. J. Strauß) in Brüssel. Gleichzeitig muss eine zunehmend größer werdende Anzahl von Bürgern bzw. Wählern als rechtsextrem oder geistig minderbemittelt diffamiert und diskreditiert werden. Die amtierende Staatsmacht spricht mit den ihr angeschlossenen Medien allerdings nicht von negativfeindlichen Elementen, wie wir Kritiker der DDR-Diktatur bezeichnet wurden. Man hat sich den veränderten Bedingungen angepasst, „damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen", um eine Zeile aus Bärbel Bohleys bitterer Vorhersage zu zitieren. Dieser Krug wird so lange zum Brunnen gehen, bis er bricht.

Und er wird brechen. Früher oder später. Das ist absehbar. Die kommenden Wochen und Monate versprechen also mehr als nur interessant zu werden. **Das herrschende Machtkartell wird immer erkennbarer.** In seinem Versagen und bezüglich seiner krampfhaften bis verzweifelten Versuche, eine Macht zu erhalten, die es schon lange nicht mehr verdient. Hoffen wir in Anlehnung an die Inschrift auf der Fassade des Reichstags, dass in absehbarer Zeit das Wohl des deutschen Volkes in unserem Land wieder eine positive Rolle spielt. **Und tun wir etwas dafür!** ■

WAS DIE 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030 WIRKLICH FÜR DIE MENSCHEN BEDEUTEN



Punkt 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern.
Die Gewaltmonopole werden ausgeweitet, um den Völkern dieser Erde destruktive und künstliche Gesellschaftskonzepte mit Gewalt und Erpressung aufzuzwingen. Dies wird zu Flucht und Bürgerkriegen führen. Traditionen und jegliche Individualität der Völker werden unterbunden, damit eine einheitliche Weltgesellschaft entstehen kann. Historische Denkmäler und Kunstwerke werden aus der Öffentlichkeit verschwinden. Auch wird eine Weltreligion forciert, bei der die Menschen sich satanischen Praktiken unterwerfen sollen. Verpflichtende Vermischungen der Rassen werden durchgesetzt, um den Ethnien jede Individualität langfristig wegzuzüchten. Mischehen werden durch Punkte und höherem gesellschaftlichen Status belohnt. Der einzelne Mensch soll nicht mehr auf sein kulturelles Fundament zurückgreifen können. Um die Verwirrung zu maximieren, werden Roboter mit künstlicher Intelligenz sowie künstlich erschaffene Geschlechtervarianten gesellschaftlich gleichgestellt und gefördert. Unter dem Vorwand des Kindeswohls wird es den aufgeführten Organen ermöglicht, regierungskritischen Familien die Kinder leichter entziehen zu können.

https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/33192

Fortsetzung folgt im nächsten Heft



Abbildung: KI-generiert

An der Macht bleiben, ohne gewählt zu werden

VON DR. HANS HOFMANN-REINECKE

■ *Über anderthalb Dekaden haben unsere Regierenden das Land ohne äußere Bedrohung kontinuierlich heruntergewirtschaftet. Die Bevölkerung hat lange gebraucht, um diesen Verfall zu erkennen. Doch nun schlägt die Erkenntnis durch und wird an den Urnen sichtbar. Jetzt stehen die Regierenden vor der einzigen Aufgabe, die sie je ernst genommen haben: Wie können wir an der Macht bleiben, ohne vom Volk gewählt zu werden?*

Vorsatz oder Inkompetenz?

Im Ranking der Länder Europas hinsichtlich Lebensqualität ist Deutschland zwischen 2012 und 2025 von Platz 2 auf Platz 14 abgerutscht. Dieser dramatische Verfall vollzog sich teils in markanten Etappen, teils in schleichender Erosion. Verantwortlich dafür sind nicht externe Ereignisse, sondern unsere Regierenden, die geschworen hatten, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Diesem Auftrag sind sie in keiner Weise nachgekommen – sei es aus Vorsatz, sei es aus Inkompetenz. Aber auch die Bevölkerung selbst trägt Verantwortung. Viele der eklatanten Fehlentscheidungen waren mit gesundem Menschenverstand klar zu erkennen und hätten nicht widerstandslos hingenommen werden dürfen. Aber es fehlte an Vertrauen in die eigene Urteilskraft.

Spät, aber hoffentlich nicht zu spät werden die dramatischen Fehlleistungen jetzt in den Wahlprognosen bzw. den Landtagswahlen bestraft. Und das stellt die Regierenden vor die existenzielle und einzigen Frage, die sie wirklich beschäftigt: Wie können wir an der Macht bleiben, ohne gewählt zu werden.

Trittin & Co.

Ignorieren wir die Rechtfertigungen von Merkel, Trittin und Co., die nichts mit deren wahren Absichten hinter der Zerstörung der Kernkraftwerke zu tun hatten.

Jeder musste sich doch die Frage stellen, woher denn nun der Strom kommen soll, den diese Anlagen bisher geliefert hatten – immerhin ein Viertel unseres Verbrauchs. Wenn jemand von unserem Auto ein Viertel der Reifen abschraubt, dann würden wir das doch auch nicht hinnehmen.

Aber da waren dann die bunten Plakate mit einem bösen AKW und tödlichem Rauch darüber. Daneben eine Windmühle samt Sonnenblume und blauem Himmel. Da fiel die Entscheidung natürlich leicht. Aber wie viele Windmühlen und Sonnenblumen würden ein AKW ersetzen? Sind es fünf oder zehn? Es sind Tausende, aber die passten nicht auf das Plakat. Und das war auch ganz im Sinne der milliardenschweren Wind- und Sonnenbarone und deren Entourage.

Dann ereignete sich im rechten Moment der nukleare Unfall von Fukushima. Obwohl ein Tsunami in unseren Breiten noch nie beobachtet wurde und obwohl in den sechzig Jahren Kernkraft in Deutschland kein einziger Mensch zu Schaden gekommen war, glaubten 70 % der Bevölkerung damals, dass ein ähnliches Unglück mit zigtausend Opfern auch in Deutschland durchaus möglich wäre. Tatsächlich aber war es nicht der nukleare Unfall, der 18.000 Menschenleben forderte, es waren die fürchterlichen Flutwellen. Das hielt das öffentliche Fernsehen nicht davon ab, auch gegen besseres Wissen, über Jahre hinweg von den Atomopfern in Fukushima zu berichten.

Wir müssen also Zwangsgebühren blechen, um uns im Sinne der Regierung belügen und durch Furcht gefügig machen zu lassen. Ist das „unsere Demokratie"? Für die Philosophin Hannah Arendt wäre das eher ein totalitäres System im Status nascendi.

Der schiefe Turm von PISA

Es gibt neben der eingangs erwähnten Statistik noch eine weitere, die mit ersterer durchaus korreliert. Es ist die PISA-Studie, welche die kognitiven Fähigkeiten einer Bevölkerung bewertet. In Sachen Sprachen, Mathe und Naturwissenschaften hat Deutschland seit 2012 dramatische Einbußen erlitten. Im Land von Goethe, Herder und Einstein fällt es der Bevölkerung immer schwerer, den Inhalt gelesener Texte zu verstehen oder die Hälfte von einem Drittel zu berechnen.

Mit dem logischen Denken schwindet auch die Neugierde nach dem Verständnis von Zusammenhängen. Da fragt sich niemand, woher der Strom bei Nacht und Windstille kommt; Hauptsache, das Smartphone ist geladen und im Fernsehen läuft das Dschungelcamp.

Bei solch einer Mehrheit fällt es Regierungen leicht, Entscheidungen zu treffen, die von einer Bevölkerung abgelehnt würden, die Zutrauen in die eigene Urteilskraft hätte. Damit das auch so bleibt, werden Anforderungen an Grundschulen, Gymnasien und Universitäten systematisch gesenkt. Genderkunde verdrängt Physik und Doktorarbeiten werden im Cut-and-Paste-Verfahren erstellt; das erspart eine Menge an Arbeit.

Die erste Billion

Der Atomausstieg mit der Sprengung von Kühltürmen in Volksfest-Atmosphäre ist das spektakulärste Beispiel aus der Liste der Entscheidungen gegen das Wohl des Volkes. Da sind aber auch noch die „Klimaneutralität", der „Rückbau" fossiler Kraftwerke, die offenen Grenzen, das „Verbrennerverbot", der wahnwitzige Ausbau der Windkraft und schließlich die Besteuerung von allem und jedem.

Ganz stolz wird dann mitgeteilt, dass die gesamten Steuereinnahmen dieses Jahr wohl an eine Billion grenzen, während die Pendler nicht wissen, wie sie den Spritpreis von € 2,40 pro Liter überleben sollen. Eine Billion wären ca. € 25.000 pro Haushalt. Das ist doch eine ganze Menge. Was macht der Staat damit?

Rund 400 Milliarden, also 40 % der oben genannten Billion, gehen an Beamte, Staatsangestellte, NGOs und Omas gegen Rechts. Dann wird die Residenz unseres Präsidenten für knapp eine Mrd. renoviert und das Bundeskanzleramt wird für zwei Mrd. erweitert. Letztere Baumaßnahme war notwendig, um die zusätzlichen 140 Mitarbeiter des Kanzlers standesgemäß unterzubringen. Von denen bekommt jetzt jeder ein Büro, das den Steuerzahler 1,4 Mio. € gekostet hat.

Die Flüge von Regierenden zur Fußball-WM in Amerika kosteten uns dieses Jahr allerdings nur eine halbe Million; das lag daran, dass „Die Mannschaft" freundlicherweise schon im Sechzehntelfinale ausschied. Zu Zeiten von Beckenbauer und Co. wäre das teurer gekommen.

Da gibt es nun undankbare Bürger, die beklagen sich darüber, dass die Infrastruktur zerfällt, dass die „Stadtbilder" veröden und kaum ein Zug pünktlich ist, weil Gleise und Brücken aus der Kaiserzeit nicht mehr funktionieren. Man hat ihnen eben die Politik noch nicht richtig erklärt.

Das Spiel mit dem Feuer

Es gibt aber noch eine andere Fehlleistung der Politik, deren Konsequenzen weit über finanziellen Schaden hinausgehen könnten: Die massive Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland. Für dieses Jahr sind 11 Milliarden vorgesehen, die zusammen mit technischer Unterstützung der Ukraine den Einsatz von Flugkörpern ermöglichen, die Ziele tief im Inneren Russlands zerstören. Ist Deutschland damit aktiv am Krieg beteiligt?

Und noch etwas: Deutschland stationiert in Litauen 4.800 Soldaten, die 2027 einsatzbereit sein sollen. Das ist eine weitere Provokation des russischen Bären. Hätten wir dann, wenn der seine Pranke zum Gegenschlag hebt, die richtigen Diplomaten, um das Schlimmste zu verhindern? Die vielleicht etwas professioneller verhandeln als Annalena? Man hat eher den Eindruck, dass die Regierung die Eskalation sucht, wie es der Fall mit den lächerlichen Drohnen am Flughafen Leipzig zeigte. Dieser „Angriff" wurde Russland in die Schuhe geschoben – Deutschlands Beteiligung am Krieg in der Ukraine ist also nichts anderes als „Verteidigung".

Und noch etwas: Verteidigungsminister Pistorius will, dass Deutschland 2029 „kriegstüchtig" ist, und Generalinspekteur Carsten Breuer fordert, Deutschland solle bis 2039 die stärkste konventionelle Armee Europas haben. Er hat zwar nicht vom 1. September 2039 gesprochen, aber vielleicht sollten seine Worte Russland dennoch zu denken geben.

Demokratisch die Demokratie abschaffen?

Spät, aber hoffentlich nicht zu spät wurden diese dramatischen Fehlleistungen in den Wahlprognosen bzw. den Landtagswahlen sanktioniert. Und das stellt die Regierenden vor die existenzielle und einzige Frage, die sie wirklich beschäftigt: Wie können wir an der Macht bleiben, ohne gewählt zu werden. Hoffentlich erinnert sich der Bürger dann an das „Widerstandsrecht" gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG, welches da lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Und „... diese Ordnung" besagt, dass alle Macht vom Volke ausgeht. ■

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog von Vera Lengsfeld: https://vera-lengsfeld.de/2026/09/24/an-der-macht-bleiben-ohne-gewaehlt-zu-werden/

Hans Hofmann-Reinecke, Autor des Bestsellers „Grün und Dumm". Dieses und andere seiner Bücher, sind bei Amazon erhältlich.
Kontakt zum Autor: www.think-again.org

Nichts Neues unter der Sonne oder: Alles schon mal dagewesen

In UNZENSIERT Nr. 63 (August/2026) brachten wir das Plädoyer des Literaturnobelpreisträgers Bertrand Russell, der 1932 den 4-Stundentag als Forderung aufstellte. Doch Russell war nicht der Erste, der der Maloche mit Frühableben (japanisch: Karoshi) den Kampf ansagte und für mehr Ruhe und weniger Betriebsamkeit eintrat. Der französische Sozialist Paul Lafargue verfasste bereits 1880 sein Pamphlet RECHT AUF FAULHEIT als Replik auf Karl Marx´ Forderung RECHT AUF ARBEIT für die Arbeiterklasse von 1848.

Das Pikante daran: Lafargue war Marx´ Schwiegersohn!

*Seine Begründungen für die Vorteile des Nichtstuns sind noch tiefer gehend als die von Russell – weshalb sie dem werten Leser als Lektüre wärmstens ans Herz gelegt seien.**

Wir können hier leider nur Auszüge aus seiner fulminanten Streitschrift bringen (schwarze Schrift). *(Hervorhebungen durch die Redaktion)*



Bild: Mathignon

Paul Lafargue
geb. 1842 – gest. 1911**

Paul Lafargue
DAS RECHT AUF FAULHEIT (1880)

Die Kommunisten sahen sich als Vertreter der Interessen der Arbeiter gegen die Bourgeoisie bzw. die Kapitalisten, und dazu gehörte vornehmlich die Forderung nach einem Recht auf Arbeit. Dies folgte allerdings der kapitalistischen Logik: Wer essen will, muss sich dies erst einmal verdienen. Ohne Fleiß kein Reis, könnte man es auch ironisch formulieren. So sahen es auch die Vertreter der christlichen Kirchen. Lafargue nannte deshalb **die kapitalistische Moral eine jämmerliche Kopie der christlichen Moral.**

Um nicht zu verhungern, muss der Mensch also arbeiten können – woraus Marx eben folgerte, dass es auch eine ethische Pflicht gäbe zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Gerade dadurch wurde allerdings die Existenz von Klassen zementiert – die Industriellen konnten Arbeit anbieten, allerdings zu so niedrigen Löhnen, dass die Arbeiter (darunter Frauen und Kinder) davon nicht leben, sondern gerade überleben konnten. Diesen Widersinn, von dem nicht lassen zu können, was einen kaputt macht, ironisierte Lafargue:

Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht. Diese Sucht, die Einzel- und Massenelend zur Folge hat, quält die traurige Menschheit seit zwei Jahrhunderten. **Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit**, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht. Statt gegen diese geistige Verirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten **die Arbeit heiliggesprochen**. Blinde und beschränkte Menschen, haben sie weiser sein wollen als ihr Gott; schwache und unwürdige Geschöpfe, haben sie das, was ihr Gott verflucht hat, wiederum zu Ehren zu bringen gesucht. ...

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die **Arbeit die Ursache des geistigen Verfalls** und körperlicher Verunstaltung. ... Man betrachte den stolzen Wilden, wenn ihn die Missionare des Handels und die Handlungsreisenden in Glaubensartikeln noch nicht durch Christentum, Syphilis und das Dogma von der Arbeit korrumpiert haben, und dann vergleiche man mit ihnen unsere abgerackerten Maschinensklaven. ...

Christus lehrt in der Bergpredigt die Faulheit: „Sehet die Lilien auf dem Felde, wie sie wachsen; sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht, und doch sage ich Euch, daß Salomo in all seiner Pracht nicht herrlicher gekleidet war." ...

Neben dem Profit durch Ausbeutung der Arbeitskraft gab es noch einen weiteren Grund:

„Je mehr meine Völker arbeiten, um so weniger Laster wird es geben", schrieb Napoleon 1807 ... „Ich bin die Autorität, ... und ich

---

** Der komplette Text hier: https://dn720704.ca.archive.org/0/items/DasRechtAufFaulheit/PaulLafargue-RechtaufFaulheit.pdf*

oder für wenige Euro: ISBN 978-3-15-019487-4

*** Ausführliche Biographie u. a. hier: https://reli-ethik-blog.de/philosoph-des-monats-paul-lafargue/*

wäre geneigt zu verfügen, daß sonntags nach vollzogenem Gottesdienst die Geschäfte wieder geöffnet werden und die Arbeiter wieder ihrer Beschäftigung nachgehen sollen."

Um die Faulheit auszurotten und **um den Stolz und Unabhängigkeitssinn zu beugen**, schlug der Verfasser des ‚Essay on trade' 1770 vor, die Armen in ideale Arbeitshäuser (ideal workhouses) einzusperren, die „Häuser des Schreckens" sein müßten, in denen man 14 Stunden pro Tag in der Weise arbeiten sollte, daß nach Abzug der Mahlzeiten volle 12 Arbeitsstunden übrigbleiben".

12 Arbeitsstunden pro Tag, das Ideal der Philanthropen und Moralisten des 18. Jahrhunderts. Wie weit sind wir über dieses Nonplusultra hinaus!

Genau in diese Richtung gehen Bestrebungen im 21. Jahrhundert! 15-Minuten-Städte, Workhouses statt eigenes Häuschen, Abschaffung von Besitz ...

Je größer das Heer billiger Arbeiter wird, desto mehr steigt die Produktion. Doch was produziert wird, muss von jemand gekauft werden. Bedarf gibt es für vieles – doch zu wenige können sich das leisten, was sie nötig hätten. Und diese wenigen – wieder ironisiert Lafargue hier – sind quasi zum Konsum im Überfluss, zum unproduktiven Verbrauchen verdammt, was sich negativ auf ihren physischen sowie psychischen Zustand auswirkt. Man könnte es so ausdrücken: weil die einen hungern, müssen sich die anderen überfressen; während die einen frieren, ersticken die anderen unter ihren Pelzen ...

Doch lassen wir Lafargue selbst zu Wort kommen:

Dadurch, daß die Arbeiter den trügerischen Redensarten der Ökonomen Glauben schenken und Leib und Seele dem Laster Arbeit ausliefern, stürzen sie die ganze Gesellschaft in jene industriellen **Krisen der Überproduktion**, die den gesellschaftlichen Organismus in krankhafte Zuckungen versetzen. Dann werden wegen Überfluß an Waren und Mangel an Abnehmern die Werke geschlossen ... Betört von dem Dogma der Arbeit sehen die Proletarier nicht ein, daß die Mehrarbeit ... die Ursache ihres jetzigen Elends ist, und anstatt vor die Getreidespeicher zu marschieren und zu schreien: „Wir haben Hunger, wir wollen essen! ... Allerdings haben wir keinen roten Heller, aber ... wir sind es gewesen, die das Korn eingebracht und die Traube gelesen haben". Ihr seid ja doch Menschenfreunde, nicht wahr, und Christen, wie sie im Buche stehen? ... **Fördert den Warenumsatz; hier habt ihr Konsumenten wie gerufen ...**

Statt in den Zeiten der Krisis eine Verteilung der Produkte und allgemeine Belustigung zu verlangen, rennen sich die Arbeiter vor den Türen der Fabriken die Köpfe ein. ... Und, kaum imstande sich aufrechtzuhalten, verkaufen die Elenden 12 bis 14 Stunden Arbeit um die Hälfte billiger als zur Zeit, wo sie noch Brot im Korbe hatten. Und die Herren industriellen Philanthropen benutzen die Arbeitslosigkeit, um noch billiger zu produzieren.

... Er läßt drauflosproduzieren, ohne zu bedenken, daß der Markt überfüllt wird und daß, wenn er seine Waren nicht verkauft, er auch seine Wechsel nicht einlösen kann. Sitzt er endlich in der Patsche, fleht er den Juden an, wirft sich ihm zu Füßen, bietet ihm sein Blut, seine Ehre. „Ein klein wenig Gold würde mir gut tun", antwortet der Rothschild, „Sie haben 20.000 Paar Strümpfe auf Lager, die 20 Sous wert sind; ich nehme sie für 4 Sous." Ist der Handel gemacht, so verkauft er sie zu 6 und 8 Sous ...; der Fabrikant aber hat nur einen Aufschub erlangt, um desto gründlicher zu verkrachen. Endlich tritt der allgemeine Zusammenbruch ein und die Magazine laufen über; da werden dann so viel Waren aus dem Fenster herausgeworfen ... Nach Hunderten von Millionen beziffert sich der Wert der zerstörten Waren. Im vorigen Jahrhundert verbrannte man sie oder warf sie ins Wasser.

Bevor sie sich aber zu dieser Maßregel entschließen, durchlaufen die Fabrikanten die Welt auf der **Suche nach Absatzmärkten** für die Waren, die sie angehäuft; ... sie zwingen ihre Regierung, die Mauern Chinas mit Kanonen zu demolieren, nur damit sie ihre Baumwollartikel absetzen können. In den letzten Jahrhunderten kämpften England und Frankreich ein Duell auf Leben und Tod, wer von den beiden das ausschließliche Privileg haben werde, in Amerika und Indien zu verkaufen. Tausende junger kräftiger Männer haben in den **Kolonialkriegen** des 16., 17. und 18. Jahrhunderts mit ihrem Blut das Meer gefärbt.

Wie an Waren, so herrscht auch Überfluß an Kapitalien. Die Finanziers wissen nicht mehr, wo dieselben unterbringen; so machen sie sich denn auf, bei jenen glücklichen Völkern, die sich noch Zigaretten rauchend in der Sonne räkeln, Eisenbahnen zu bauen, Fabriken zu errichten und den Fluch der Arbeit zu importieren ...

Wann wird dieser Irrsinn enden?

Sobald das Proletariat sagen wird: „Ich will es". Aber damit ihm seine Kraft bewußt wird, muß das Proletariat die Vorurteile der christlichen, ökonomischen und liberalistischen Moral überwinden; es muß zu seinen natürlichen Instinkten zurückkehren, muß die **Faulheitsrechte** ausrufen, die tausendfach edler und heiliger sind als die **schwindsüchtigen Menschenrechte**, die von den metaphysischen Advokaten der bürgerlichen Revolution wiedergekäut werden; es muß sich zwingen, nicht mehr als drei Stunden täglich zu arbeiten, um den Rest des Tages und der Nacht müßig zu gehen und flott zu leben.

Bis hierher war meine Aufgabe leicht; ich hatte nur wirkliche, uns allen leider nur zu gut bekannte Übel zu schildern. Aber das Proletariat zu überzeugen, daß die Parole, die man ihm eingeimpft hat, pervers ist, **daß die zügellose Arbeit**, der es sich seit Beginn des Jahrhunderts ergeben hat, **die schrecklichste Geißel ist**, welche je die Menschheit getroffen.

Es ist nicht der Hunger, der uns plagt, sondern die Liebe zur Arbeit! Der Überproduktion folgt erst der Bankrott ... dann der Imperialismus Diese Misere verschwindet, sobald das Proletariat sagen wird: Ich will es!

Arbeit wird erst dann eine Würze der Vergnügungen der Faulheit, eine dem menschlichen Organismus nützliche Übung, eine dem gesellschaftlichen Organismus nützliche Leidenschaft sein, wenn sie weise reglementiert und **auf ein Maximum von drei Stunden täglich beschränkt** wird ... und es (den Arbeitern) zur Pflicht gemacht werden muß, die Waren, die sie produzieren, auch zu verbrauchen.

...

Abbildung: MyPicAI



Kinder waren lange Zeit nur billige Arbeitssklaven

Da jedoch die Arbeiterklasse in ihrer Einfalt und Treuherzigkeit sich den Kopf hat verdrehen lassen und sich mit ihrem naiven Ungestüm blindlings in Arbeit und Enthaltsamkeit gestürzt hat, so **sieht sich die Kapitalistenklasse zu erzwungener Faulheit und Üppigkeit, zur Unproduktivität und Überkonsum verurteilt** ...

Zu Anfang der kapitalistischen Produktion, vor etwa ein oder zwei Jahrhunderten, war der Bourgeois noch ein ordentlicher Mann von vernünftigen und friedlichen Sitten: er begnügte sich mit seiner Frau, wenigstens beinahe, er trank nur, wenn er Durst, und aß nur, wenn er Hunger hatte. Er überließ den Höflingen und Hofdamen die noblen Tugenden der Ausschweifung. Heute gibt es keinen Sohn eines Parvenü, der nicht glaubt, er müsse die Prostitution fördern ... Andere, die zu schwach sind, um die Anstrengung der Ausschweifung zu ertragen, aber mit der gehörigen Dosis philisterhafter Klugmeierei ausgestattet, dörren ihr Gehirn aus ... und hecken dickbändige, schlafsuchterregende Bücher aus, um die Mußestunden von Schriftsetzern und Buchdruckern auszufüllen.

Die Frauen von Welt führen ein Märtyrerleben. Um die feenhaften Garderoben, bei deren Herstellung die Schneiderinnen sich die Schwindsucht an den Hals arbeiten, zu prüfen und zur Geltung zu bringen, schlüpfen sie den ganzen Tag von einer Robe in die andere; stundenlang liefern sie ihren hohlen Kopf Haarkünstlern aus, die um jeden Preis ihre Leidenschaft für die komplizierte Anordnung falscher Haare befriedigen wollen ...

Sie drehen sich ganze Nächte hindurch auf ihren Wohltätigkeitsbällen, um einige Sous für die Armen zusammenzubringen. O ihr heiligen Dulderinnen!

Um ihrem doppelten gesellschaftlichen Beruf als Nichtproduzent und Überkonsument nachzukommen, hat die Bourgeoisie ... auch eine enorme Masse Menschen der produktiven Arbeit entziehen müssen, um sich Mitesser zu verschaffen.

...

Lafargue wendet sich auch gegen die Forderung, die Bourgeoisie müsse ebenfalls produktiv sein. Darauf würden die Kapitalisten nur mit gewaltsamer Unterdrückung antworten; ... nur um dieses Unheil abzuwenden, umgeben sie sich mit Soldaten, mit Polizisten, Behörden und Kerkermeistern, die **in einer mühseligen Unproduktivität** erhalten werden. Heute kann niemand mehr über den Charakter der **modernen Heere** im unklaren sein; sie sind nur deshalb stehende, **um den „inneren Feind" niederzuhalten ...**

Würde man die laut Lafargue unnötigen Berufe abschaffen (u.a. auch Steuereintreiber hier, Steuerberater dort), und würde die verbleibende notwendige Arbeit gleichmäßig verteilen, dürfte niemand mehr als drei Stunden täglich arbeiten, damit alle ihren gerechten Anteil an der Arbeit bekämen!

Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen Menschenrechte zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das Recht auf Arbeit zu fordern, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Inneren eine neue Welt sich regen fühlen ...

O Faulheit, erbarme Du Dich des unendlichen Elends!

O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei Du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit!

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:
V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: KI-generiert
Sie möchten „UNZENSIERT" als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

AOK –
Deine kranke Kasse

Die Krankenkassen sind pleite und fordern mehr Geld. Das führt zu höheren Beiträgen bei weniger Leistung. Da verwundert es doch ein wenig, wofür Geld ausgegeben wird. Zum Beispiel für einen Werbefilm zur Schwangerschaftsverhütung. Unterschwellig wird die Botschaft vermittelt: Egal wie Sie drauf sind, wir beraten gerne. Er mit Ihr oder vielleicht auch als „flotter Dreier"? Man geht schließlich mit der Zeit und ist woke.

Wer schon etwas älter ist, steht einigermaßen fassungslos davor. Einen moralischen Kompass scheint es nicht mehr zu geben. Was einst unter „Privatsphäre" lief, ist heute öffentlich und wird zur Normalität erklärt.

Und ganz nebenbei soll wohl suggeriert werden, bisherige Konventionen sind außer Kraft gesetzt, die Vorstellung von Mann und Frau als Paar, Eltern, Lebensentwurf – weg damit. Und an Kinder müsst ihr gar nicht denken. Und falls da was schiefgeht, wir beraten euch, finanzieren ggfs. auch Abtreibung und Vaterschaftstest. Wir – eure kranke Kasse. Keine Rolle spielen mehr traditionelle Bindung, Stärkung von Familie, soziale Struktur. Gewachsene Gemeinschaften sollen ersetzt werden und die Menschen sind aus stabilen Bindungen herauszulösen. Lose Beziehungen bis hin zu Dreierkonstellationen ohne feste Bindung. Solche Konstellationen sind instabiler, weniger verbindlich, leichter beeinflussbar. Anders formuliert: Nichts ist für einen Staat schwerer zu kontrollieren als ein starker, funktionierender Familienverband.

Und die AOK hilft tatkräftig mit.

https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/62299

Ein Mann, der eine ganze Masse
Gezahlt hat in die Krankenkasse,
Schickt jetzt die nötigen Papiere,
Damit auch sie tut nun das ihre.
Jedoch, er kriegt nach längrer Zeit
Statt baren Gelds nur den Bescheid,
Nach Paragraphenziffer X
Bekomme er vorerst noch nix,
Weil, siehe Ziffer Y,
Man dies und das gestrichen schon,
So daß er nichts, laut Ziffer Z,
Beanzuspruchen weiter hätt.
Hingegen heißt's, nach Ziffer A,
Daß er vermutlich übersah,
Daß alle Kassen, selbst in Nöten,
Den Beitrag leider stark erhöhten
Und daß man sich, mit gleichem Schreiben,
Gezwungen seh, ihn einzutreiben.
Besagter Mann denkt, krankenkässlich,
In Zukunft ausgesprochen häßlich.

Gedicht von Eugen Roth,
(1895–1935)



Selbstbedienung

Sie sprechen von Reformen und meinen Steuer- und Beitragserhöhungen. Es ist nicht so wichtig, zu überlegen, wo Geld verschwendet wird, lässt sich doch bequem Geld von den Beitrags- und Steuerzahlern eintreiben.

Zu denen, die immer knapp bei Kasse sind, gehören auch die gesetzlichen Krankenkassen. Leistungen kürzen, Beiträge erhöhen, das ist seit Jahren Standard. Und sie bedienen sich – ähnlich wie in der Politik – nur allzu gerne selber recht ordentlich.

So liest man in Ausgabe 2/2026 des Magazins der AOK Bayern, wie sehr man sich um Transparenz bemühte. Hier werden Zahlen zu den Vorstandsgehältern genannt: Der Vorstand Bayern verwaltete 2025 für 4,6 Millionen Mitglieder einen Haushalt von 21,4 Milliarden Euro in der Krankenversicherung und 3,8 Milliarden in der Pflegeversicherung. Und das wird fürstlich honoriert. So bekam die Vorsitzende 2025 eine Grundvergütung von 242.400 Euro und eine erfolgsabhängige Zulage von 42.684,11 Euro. Ihr Stellvertreter eine Grundvergütung von 200.930,01 Euro und eine erfolgsabhängige Zulage von 34.779,53 Euro. Zusätzlich erfolgten Zahlungen beziehungsweise fiktive Rückstellungen für die Versorgungsregelungen des Vorstands. (!) Für die amtierende Vorsitzende 58.740 Euro, für ihren Stellvertreter 43.743 Euro. Außerdem steht den Vorstandsmitgliedern ein Dienstwagen oder alternativ eine Bahncard – auch zur Privatnutzung – zur Verfügung.

Nun ist ein Begriff wie „erfolgsabhängig" doch ziemlich schwammig, denn wie misst sich ein Erfolg bei der Krankenkasse? Durch mehr Mitglieder? So bleibt die Frage: Ist ein Vorstand erfolgreich, wenn Jahr für Jahr die Kassen leer sind und der Schrei nach Beitragserhöhung lauter wird? Sei's drum. Es geht auch bei der Krankenkasse auf der Vorstandsebene um Selbstversorgung. Das Geld kann man bequem beim Bürger besorgen. Die Politik macht's vor. | HM



Abbildung: Gerd Altmann/Pixabay

Gezockt mit unseren Beitragsgeldern, die Gier wird niemals satt!

EIN KOMMENTAR
VON RENATE HARTWIG

Langatmig wird uns von politischen Kreisen erklärt, weshalb einschneidende Reformen notwendig sind. Und jeder muss, so Kanzler Merz am 4. Juli 2026 beim Landesparteitag der CDU in NRW, seinen Beitrag leisten! Von einem Beitrag der vollen Verantwortung bei Fehlentscheidungen sprach er nicht! Und genau hier wird das große Wort „JEDER" zur Farce!

Parallel zur politischen Entscheidung der einschneidenden Reformen erfahren wir über die Medien, dass sich die Krankenkassen verzockt haben und es bereits einen Schaden in Millionenhöhe gibt, ein Milliardenschaden gegebenenfalls noch droht. Keine Frage, hier geht es um einen Finanzskandal!

O.K., nicht der Erste und auch nicht der Einzige im Gesundheitssystem. Sollen wir uns daran gewöhnen? Diese jetzigen Verluste sind durch gescheiterte Immobilieninvestments der Krankenkassen und der Interessenvertretung der Ärzteschaft, der Kassenärztlichen Vereinigungen mit unseren Beitragsgeldern entstanden. Deshalb ist die Lage der Kassen brisant.

Nach Regierungsangaben wurden bis zu 1,1 Milliarden Euro in risikoreiche beziehungsweise leistungsgestörte Anlagen investiert. Verluste von Millionen Euro sind bereits bekannt. Ein drohender Totalverlust der gesamten investierten Summe ist laut Medienberichten möglich.

Mit unserem Gesundheitssystem ist längst kein Staat mehr zu machen. Chronisch Kranke und behinderte Menschen, vor allem gesetzlich versicherte Patienten kennen die Vorgänge. Extrem lange Wartezeiten bis zum Termin, aufgrund grandioser Systemfehler verweigerte Hilfsmittel und Medikamente. Das Pflegepersonal arbeitet bis zum Anschlag, Ärzte wandern ab ins Ausland. Die Bürokratie explodiert im gleichen Umfang wie die Beraterhonorare und die Kosten steigen und steigen. Angesichts dieser Entwicklung fühlen sich Millionen von Bürgern verraten und verkauft. Laut Politik sollen nun einschneidende Reformen die bizarre Situation der leeren Kassen in den Kranken- und Pflegekassen füllen. Und die, die das in die Welt posaunen, wissen von dieser Zockermentalität und schweigen dazu!

Die Politik hat durch die Entscheidung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und KVen den Weg zum Zocken und Monopolyspielen bereitet!

Bereits 2008 habe ich in meinem Buch „Der verkaufte Patient" auf Seite 111 über mehrere Seiten Kurioses aus der Kassenärztlichen Vereinigung mit Namen und Fakten veröffentlicht! Die KV als parastaatliches Exekutiv-Organ entlarvt, das Problem, mit den vielen Schäfchen, die ins Trockene wollen und die geschlachtet werden, dokumentiert! In jahrelangen Recherchen konnte ich nachvollziehen, woher die vehementen Vorbehalte vieler Ärzte gegen diese KV-Einrichtungen kommen.

Im Buch „Geldmaschine Kassenpatient" bin ich 2012 auf 363 Seiten der Frage nachgegangen „Wo bleibt unser Beitragsgeld"? Mein Ziel war und ist: informierte, selbstbewusste, ja auch selbstverantwortliche Patienten. Zu lange schon sind wir als Patienten schlafende Riesen, ansonsten hätten sich die Zocker nicht getraut, unser Beitragsgeld als Spielgeld zu benutzen!

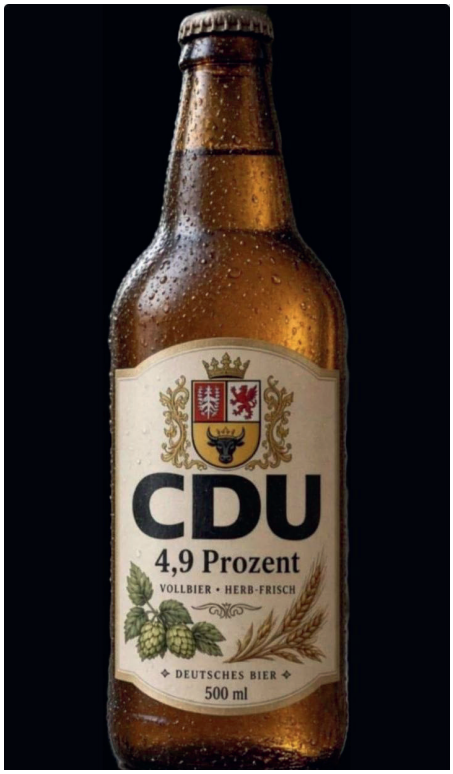
Heute ziehe ich das Fazit: Es hat sich nichts geändert, ja es ist noch schlimmer geworden. Eingebettet und abgesichert in diesem selbstverwalteten System, hat die Zockermentalität sich nicht nur gefestigt, sondern noch zugenommen. Die Arroganz der Macht ist übergesprungen, es geht nicht um die Sache – es geht immer um Interessen – um Besitzstandswahrung. ■



https://direct.renate-hartwig.de/gezockt-mit-unseren-beitragsgeldern-die-gier-wird-die-niemals-satt/

https://direct.renate-hartwig.de/







Aphorismen des Monats

Es gibt Persönlichkeiten im Staat, von denen man nichts anderes weiß, als daß sie nicht beleidigt werden dürfen.

❁

Der Skandal fängt an, wenn die Polizei ihm ein Ende macht.

Karl Kraus (1874–1936)













